

Bericht aus dem Kantonsrat

Erfolg für ein glp-Anliegen – Dank Barbara Schaffner wird auf den plötzlichen Stopp an Förderzulagen bei der Energieförderung verzichtet!

Sitzung vom Montag, 12. September 2016

Verfasser: Judith Bellaiche

Kein Kahlschlag bei der Energieförderung (Barbara Schaffner)

Dank dem von Barbara Schaffner eingereichten dringlichen Postulat wird auf den plötzlichen Stopp an Förderzulagen bei der Energieförderung verzichtet!

Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit sind wesentliche Voraussetzungen für die Planung. Ausgerechnet das Förderprogramm, das einen sehr hohen Wirkungsgrad aufweist, hätte abgeschossen werden sollen. Das wurde nun verhindert. Gegenüber dem Rat war der späte Entscheid der Regierung ein Affront und auch die Gemeinden wurden zu spät informiert, als dass sie die Streichung in ihre Planung einbeziehen hätten können.

Während sich FDP & SVP mit viel Lob für den Regierungsrat für den Kahlschlag bei der Energieförderung äusserten, schilderten Kollegen der grünen Ratsseite, dass die FDP seit den letzten Wahlen jede einzelne Vorlage zur Ökologie abgelehnt habe. Der Transfer von Franco Albanese zur SVP änderte nichts: Haarscharf wurde das Postulat mit 86 zu 85 Stimmen überwiesen – Gratulation an Barbara Schaffner!

Kein negatives Budget durch den Regierungsrat (Andreas Hauri)

Leider kein Erfolg war einer Motion von Andreas Hauri beschieden: er fordert vom Regierungsrat, dass dieser nur noch ausgeglichene Budgets – also keine negativen Voranschläge mehr - vorlegen soll. Das Parlament wäre gestärkt aus der Budgetdebatte herausgegangen, denn es hätte von der Regierung klar dargelegt werden müssen, wie (mit welchen gesetzlichen Anpassungen) ein ausgeglichenes Budget erreicht werden kann – und das Parlament hätte in Kenntnis aller Fakten entscheiden können. Der Regierungsrat windet sich um die Notwendigkeit einer solchen Massnahme und wehrt sich gegen verbindliche Vorgaben. Obwohl das Anliegen der glp mit der geforderten Finanzdisziplin der Bürgerlichen übereinstimmt, verweigerten diese unter fadenscheinigen Begründungen die Unterstützung und brachten die Motion zum Scheitern.

Juristische Personen mit ideellen Zwecken (Judith Bellaiche)

Erfreulich ereignislos verlief die Beratung der Regierungsvorlage, die juristischen Personen mit ideellen Zwecken einen Steuerfreibetrag von CHF 20'000 gewährt. Somit können Vereine, Sportclubs und Ähnliche kleine Gewinne schreiben, ohne sie gleich dem Steuervogt abgeben zu müssen. Auf Bundesebene gilt dieser Betrag bereits als steuerfrei. Die Vorlage wurde ohne Gegenstimme gutgeheissen.

Freiwilliger automatisierter Lohnabzug (Judith Bellaiche)

Der Vorstoss der SP schlägt vor, dass ArbeitnehmerInnen sich die Steuern direkt vom Lohn abziehen lassen können, wenn sie dies wünschen. Ziel ist es, die grassierende private Verschuldung einzudämmen. Die glp hat Sympathien mit der Idee, zumal sie auch finanzpolitisch sinnvoll ist. Bedingung bei der Umsetzung ist jedoch, einen möglichst unkomplizierten Mechanismus zu implementieren, um Unternehmen und KMU nicht zusätzlich zu belasten. Mit ähnlichen Überlegungen wurde die Initiative dann vorläufig unterstützt.

Stimmpflicht einführen (Hans Wiesner)

Auf verlorenem Posten kämpfte die BDP für ihren – zumindest mutigen - Vorstoss, eine obligatorische Stimmpflicht einzuführen, wie sie seit Langem im Kanton Schaffhausen gilt. Damit will sie in erster Linie die Stimmbeteiligung erhöhen. Für die glp ist die radikale Forderung nicht vereinbar mit unserem liberalen Verständnis der Eigenverantwortung, und ausser der EDU mochte keine der anderen Fraktionen der Idee folgen.